

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*****Der Jugend Chancen geben – für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz***

Die Ausbildungsplatzsituation in Deutschland sowie insbesondere in Bremen und Bremerhaven ist dramatisch. Seit Jahren geht das Lehrstellenangebot in der dualen Ausbildung zurück, während die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, unverändert hoch bleibt.

Im Land Bremen bedeutet das konkret: Im Arbeitsamtbezirk Bremen haben im Berufsbildungsjahr 2003 von 5.109 Ausbildungsplatzsuchenden nur 1.879 einen Ausbildungsplatz erhalten, und in Bremerhaven von 2.302 nur 836. Das entspricht einer Quote von rund 36 %. Auch für das neue Berufsbildungsjahr zeichnet sich wieder ein Rückgang der Ausbildungsplätze ab. Im März 2004 ist die Zahl der gemeldeten Lehrstellen gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,4 % weiter zurückgegangen.

Die Lehrstellenentwicklung liegt im Bundesland Bremen unter dem Schnitt westdeutscher Bundesländer. Selbst Großbetriebe bilden in Bremen weniger aus als in anderen Bundesländern. Im Großstädteranking erreicht Bremen bei der Ausbildungsdichte nur den vierzigsten Platz unter fünfzig Städten.

Nicht nur in der privaten Wirtschaft, auch in verschiedenen Bremischen Gesellschaften gibt es einen erheblichen Ausbildungsrückstand, wie zum Beispiel in der BIG (Ausbildungsquote 0,6 % bei einem Beschäftigungsvolumen von 170) oder in der GBI (0 % bei 109).

Wir würdigen die großen Anstrengungen für mehr Ausbildungsplätze, die von verschiedenen Seiten in Bremen und Bremerhaven unternommen werden. Dazu gehören die Ausbildungsplatzkampagnen und gezielten Ansprachen der Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften, der Agenturen für Arbeit und des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung.

Das Berufsausbildungssicherungsgesetz für mehr Ausbildungsplätze setzt diesen Weg fort, indem es in seiner vorgelegten Form den Vorrang branchennaher und tariflicher Lösungen und des Ausbildungspakts vorsieht, wie ihn jetzt die DIHK vorgeschlagen hat. Wenn aber die Ausbildungsleistung durch freiwillige Vereinbarungen nicht so gesteigert wird, dass allen Ausbildungsplatzsuchenden zukünftig ein Platz zur Verfügung steht, müssen mit Hilfe des Gesetzes effektive Anreize für mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. dem Gesetzesvorhaben der Bundesregierung für mehr Ausbildungsplätze, dem Berufsausbildungssicherungsgesetz, im Bundesrat zuzustimmen;
2. auch in den landeseigenen Gesellschaften und den Gesellschaften, in denen das Bundesland Bremen und seine Stadtgemeinden mehrheitlich beteiligt sind, eine Ausbildungsquote von 7 % anzustreben;
3. ein vernetztes Landesprogramm für Ausbildung aufzulegen, das sich insbesondere an der Förderung von Ausbildung im Verbund, der Förderung von betrieblichen Angeboten für benachteiligte Jugendliche, an der engen Verzah-

nung von berufsvorbereitenden Maßnahmen mit hohen betrieblichen Anteilen, der Verbesserung des Übergangs von Schule zu Beruf durch Ausweitung von betrieblichen Praktika und an der Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern ausrichtet.

Silvia Schön, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen